

presse

Abitur und Duale Berufe müssen gleichwertig bleiben

Zur heute geplanten Beratung des Europäischen Qualifikationsrahmens im Ausschuss für Bildung und Forschung des Deutschen Bundestages erklärt der bildungs- und forschungspolitische Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion Ernst Dieter Rossmann:

Die Kultusministerinnen und -minister haben sich in der Diskussion zu einem europäischen Qualifikationsrahmen in eine Sackgasse manövriert. Ihre überraschende Forderung, das Abitur höher als bei fast allen anderen Mitgliedstaaten auf Stufe fünf einzustufen, droht die Duale Ausbildung in Deutschland ins Abseits zu stellen. Eine Folge wäre, dass ein Großteil der Berufsabschlüsse nicht mehr gleichwertig mit dem Abitur eingestuft würde. Für die erfolgreiche Duale Berufsbildung in Deutschland und die gemeinsamen Anstrengungen zur künftigen Fachkräftesicherung wäre das aber ein schwerer Schlag. Die SPD-Bundestagsfraktion hat daher am 29. November 2011 einen Antrag beschlossen und unterstützt darin die Sozialpartner in ihrer Kritik an dem KMK-Beschluss. Der Antrag fordert als Grundlage für den deutschen Qualifikationsrahmen eine belastbar gleichwertige Einordnung des Abiturs und mindestens dreijähriger Dualer Ausbildungen auf der Stufe vier.

Das Duale Ausbildungssystem ist eine deutsche Erfolgsstory ohne Beispiel. Sie leistet einen erheblichen Beitrag zur Fachkräftesicherung und ist das international anerkannte und auch oft kopierte Glanzstück des deutschen beruflichen Qualifikationssystems. Duale Ausbildungen unterhalb des fachgebundenen oder allgemeinen Abiturs einzustufen wird weder deren Inhalten noch deren wirtschaftlichen Bedeutung gerecht. Bei dieser Frage handelt es sich nicht um reine Fingerübungen von Bildungsbürokraten. Es geht um den gesellschaftlichen Stellenwert der Berufsausbildung und um das wichtige Signal an die jungen Menschen, dass eine Duale Ausbildung alle Chancen bietet und keine Wege versperrt.

Die Beratung des SPD-Antrags im Deutschen Bundestag ist heute kurzfristig auf den Januar 2012 verschoben worden, um Chancen für eine möglichst breite, fraktionsübergreifende Positionierung auszuloten. Zudem soll die KMK Gelegenheit bekommen, ihren Beschluss im Ausschuss noch einmal begründen

zu können. Die SPD-Bundestagsfraktion ist offen und sieht gute Chancen für einen breiten Konsens im Parlament, die Berufsbildung in Deutschland zu stärken und die Gleichwertigkeit zur schulischen Bildung zu unterstreichen.